

Die programmatische Entwicklung der SPD

Universität: Johannes Gutenberg-Universität
 Fachbereich: Fachbereich Sozialwissenschaften
 Institut für Politikwissenschaft
 Hauptseminar: **Parteien und Wahlen in der BRD**
 Leitung: Prof. Dr. Jürgen W. Falter
 Referent: Ingo Ostwald

Politische Leitsätze

- Führungsanspruch der Sozialdemokratie
- Bekenntnis zur Demokratie
- Hervorhebung nationaler Interessen, Ablehnung aller an Deutschland gerichteter Gebietsansprüche (auch nicht Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze)
- ideologische Richtung: „moderner Marxismus“ (kein einfacher Klassenkampf mehr und keine Ablehnung der Kirchen)
- Forderung nach außenpolitischer Neutralität (was jedoch aufgrund alliierter Auflagen keine Durchsetzungschancen hatte)
- Staatliche, aber dezentrale Wirtschaftsplanung, Verstaatlichung der Großindustrie
- betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung

1946

Aktionsprogramm

- Unabhängigkeit von den Alliierten
- Demokratie zur Erhaltung des Friedens
- Nichtanerkennung von Gebietsansprüchen gegenüber Deutschland
- Deutsche Einheit nicht erst als fernes Ziel
- Ablehnung der Wiederbewaffnung

1952

Die SPD in der Regierungsverantwortung

- 1966 bis 1969 mit CDU/CSU unter Kiesinger: Kritik wegen der Annäherung an das bürgerliche Lager, die SPD erwies sich aber als regierungsfähig
- 1969 bis 1974 mit FDP unter Brandt: Brandts Ostpolitik und das Motto „Mehr Demokratie wagen“ sorgten für euphorische Aufbruchstimmung, viele Studenten traten in die Partei ein
- 1974 bis 1982 mit FDP unter Schmidt, der als konservativer Pragmatiker galt: u.a. NATO-Doppelbeschluß, Ausbau der Kernenergie

1966

Das Godesberger Programm

- Grundwerte des Sozialismus: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität
- Wandel von marxistischer Arbeiterpartei zu linker Volkspartei und damit Öffnung für breitere Wählerschichten
- Bekenntnis zur Demokratie und zum Grundgesetz, auch zu dessen Verteidigung und somit zur Landesverteidigung
- Anerkennung der Entwicklung Deutschlands und dessen Westanbindung als politisches Faktum
- Ablehnung des Kriegs als Mittel der Politik, Forderung nach internationaler Rechtsordnung, sowie nach allgemeiner, kontrollierter Abrüstung und einem kernwaffenfreien Europa
- Wirtschaft: Bekenntnis zu sozialer Marktwirtschaft; „Wettbewerb so weit wie möglich, Planung so weit wie nötig“; Zukunftsoptimismus aufgrund des sich abzeichnenden Wirtschaftswachstums
- öffentliche Kontrolle politischer und ökonomischer Macht, Verhinderung von Monopolbildungen
- Kulturelles Leben: Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Kirchen und Religionsgemeinschaften
- Umfassende Sozialgesetzgebung: Gesundheitspolitik, Mindestrente, Familien- und Jugendschutz
- Chancengleichheit bei Bildung

1975

Der Orientierungsrahmen 85

- Schwerpunkte sozialdemokratischer Reformpolitik:
- Modernisierung der Wirtschaft im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft als Grundvoraussetzung langfristiger Arbeitsplatzsicherung
 - Reform der Berufsbildung
 - Humanisierung der Arbeitswelt; mehr Mitbestimmung durch Arbeitnehmer
 - Reform des Gesundheitswesens
 - Städteplanung und Stadtentwicklung (zur Verbesserung der Lebensqualität insbesondere in Verdichtungsräumen)
 - Gleichstellung der Frauen

Das Berliner Programm

- friedlicher Wettbewerb statt Krieg und Wettrüsten
- gerechte Weltwirtschaftsordnung
- Demokratisierung der Wirtschaft und Verhinderung von Monopolen
- Ausbau der europäischen Zusammenarbeit, da immer weniger Probleme national lösbar sind
- ökologische Wirtschaft, technischer Fortschritt und ökonomisches Wachstum haben ihre Grenzen
- Gleichstellung der Geschlechter, keine Diskriminierung sozialer Randgruppen
- Würde des Menschen als Ausgangspunkt und Ziel des Handelns
- deutliche Abgrenzung vom Kommunismus
- unerwähnt bleiben die kurz nach dem Beschluß des Programms aktuell werdenden Probleme in Ostdeutschland

1989

Grunderfahrungen der SPD

1. **Nicht-Dazu-Gehören, Ausgeschlossen-Sein**
 SPD ist „Ghetto-Partei“ der ökonomisch ausgebeuteten, politisch unterdrückten und gesellschaftlich ausgegrenzten Arbeiterschaft
2. **Innerparteiliche Flügelkämpfe:**
 meist ausgetragen zwischen pragmatischen Reformisten und orthodoxen Marxisten
3. **Politische Verfolgung und Unterdrückung**
 1878 – 1890 (Sozialistengesetze Bismarcks)
 1933 – 1945 (Drittes Reich)
 1946 – 1989 (Zwangvereinigung mit KPD)
4. **Regierungsverantwortung**
 in Weimar: 1918 – 1923 und 1928 – 1930
 in Bonn: 1966 – 1982

Quellen: Richard Stöss (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland, Sonderausgabe Band 4: NDP bis WAV, Opladen, 1983 / Egon Bahr (Hrsg.): SPD – Porträt einer Partei. Geschichte und Staat, Band 217, München, 1980 / Grundsatzprogramm der SPD. Beschlossen vom Programm-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschland am 20. Dezember 1989 in Berlin. Bonn, 1989